Deutsches Forschungsinstitut
für öffentliche Verwaltung

Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst

Ergebnisse der Behörden- und Beschäftigtenbefragungen

Agenda

- Forschungsprojekt: Hintergrund, Ziel, Vorgehen
- Befragungsergebnisse:
  - Ausmaß der Gewalt und Dunkelziffer
  - Folgen der Gewalt für die Opfer
  - Meldung und Erfassung von Gewalt
  - Präventionsmaßnahmen
  - Nachsorge
- Exkurs: Gewalt im Verkehrsbereich
- Fazit

Studie zur Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes

Untersuchung zum Ausmaß von Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes und zu möglichen Handlungsansätzen (2020-2022)

Im Auftrag des: Bundesministerium des Innern und für Heimat

In Zusammenarbeit mit dbb und DGB

Hintergrund und Ziel des Forschungsprojekts

Hinweise, dass Beschäftigte des öffentlichen Dienstes zunehmend von Gewalt betroffen sind, flächendeckende Zahlen und ein systematischer Überblick über praktische Erfahrungen mit Ansätzen zur Eindämmung der Gewalt liegen bislang nicht vor

↓

Schaffung einer Faktenbasis für die Entwicklung nachhaltiger und differenzierter Strategien zum Umgang mit Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes

↓

- Literaturstudie
- Behörden- und Beschäftigten-befragungen
- Identifikation von Handlungsansätzen für die Gewaltprävention

Literaturstudie

Identifizierte Forschungslücken

- Gesamtüberblick über Gewalt im öffentlichen Dienst in Deutschland fehlt
- Vielfalt der Gewaltdefinitionen erschwert eindeutige Aussagen
- Ergänzung durch qualitative Ansätze für tiefergehende Einblicke sinnvoll
- Nur wenige Studien zur Wirksamkeit von Präventions-maßnahmen

Online-Befragungen im Herbst 2021

Erfassung des Ausmaßes der Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in Deutschland

- Befragung von Behördenleitungen
  - Erfassung *gemeldeter* Gewalttaten
  - Zugang: oberste Bundes- und Landesbehörden, kommunale Spitzenverbände

- Beschäftigtenbefragung
  - Abschätzung der *Dunkelziffer*
  - Zugang über Gewerkschaften

- Gewalt = Ein von einem oder mehreren Dritten ausgehendes Verhalten, welches gegen eine im öffentlichen Dienst beschäftigte Person gerichtet ist und mindestens einen der folgenden Straftatbestände realisiert
  - Beleidigung
  - Bedrohung
  - (Versuchte) Körperverletzung
  - (Versuchte) Tötung
  - Sexuelle Gewalt

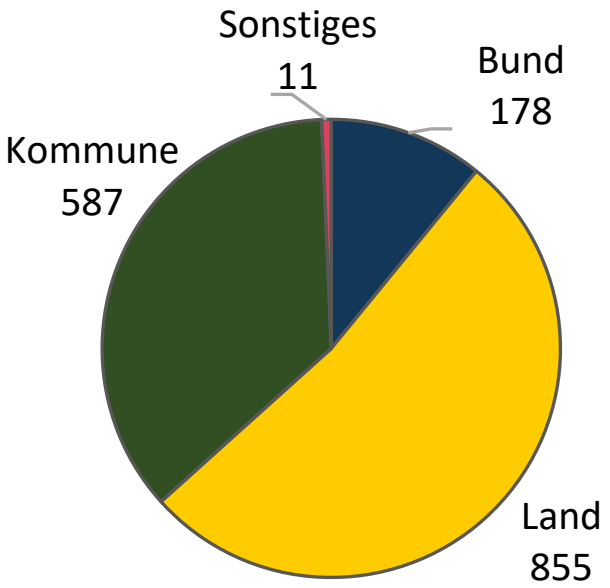
Online-Befragungen

Betrachtete Beschäftigungsbereiche

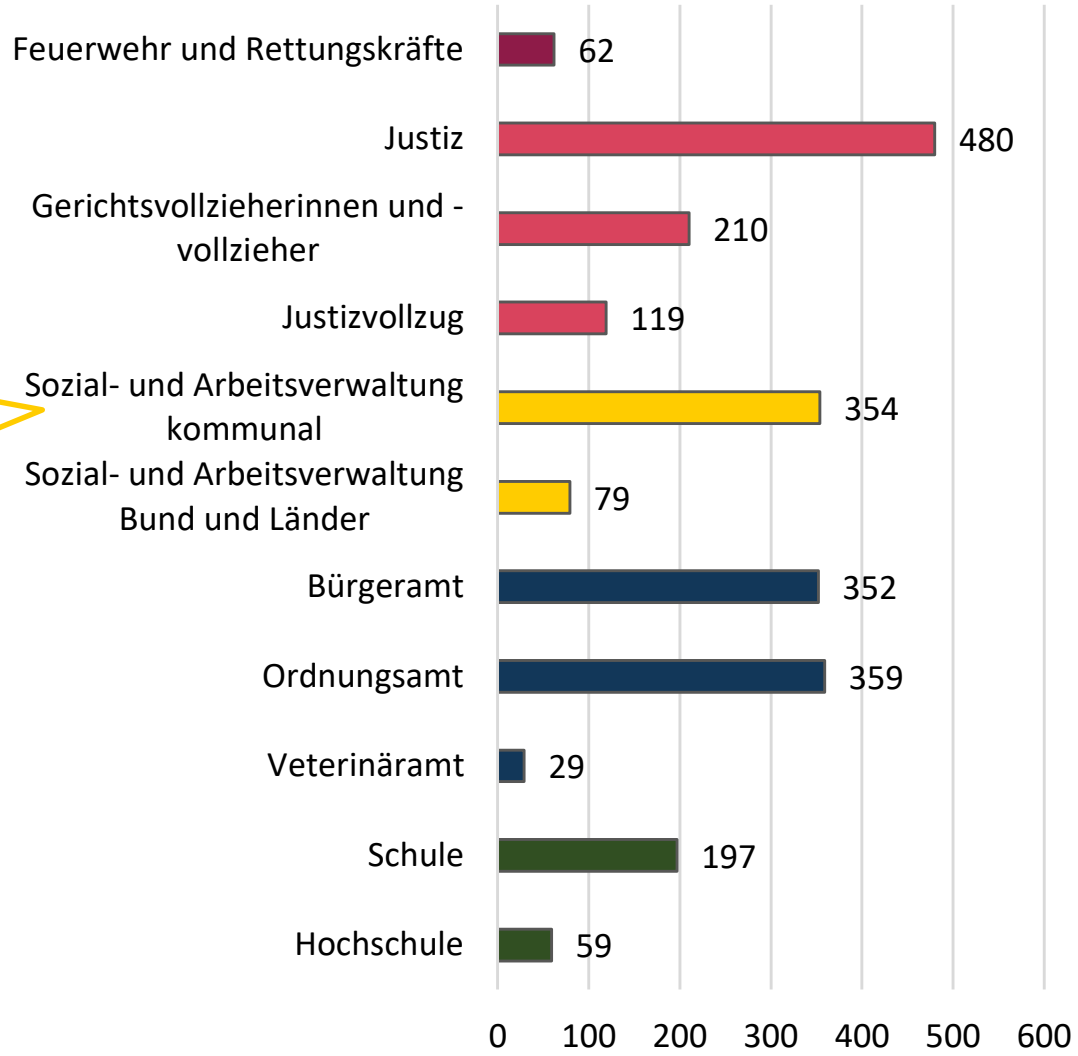
- Feuerwehr Rettungskräfte
- Sozial- und Arbeitsverwaltung
- Schule
- Justiz
- Bürgeramt
- Hochschule
- Gerichts-vollzieher
- Ordnungsamt
- Justizvollzug
- Veterinärämter

Befragung Behördenleitungen

» Rücklauf: 1.631 Behörden und Organisationen, 2.300 Organisationseinheiten

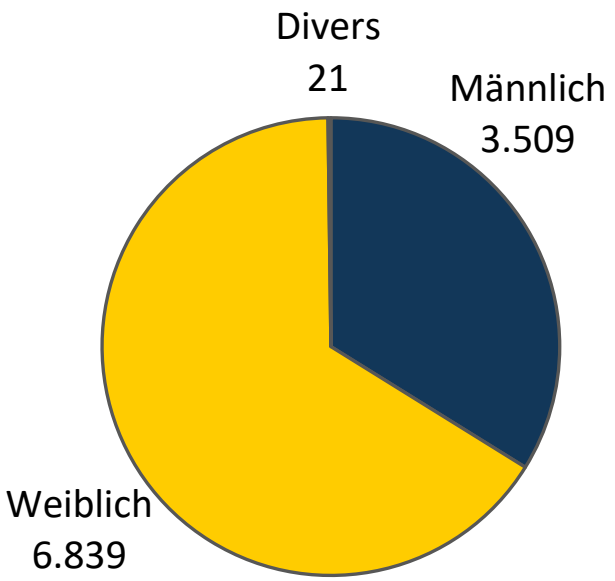


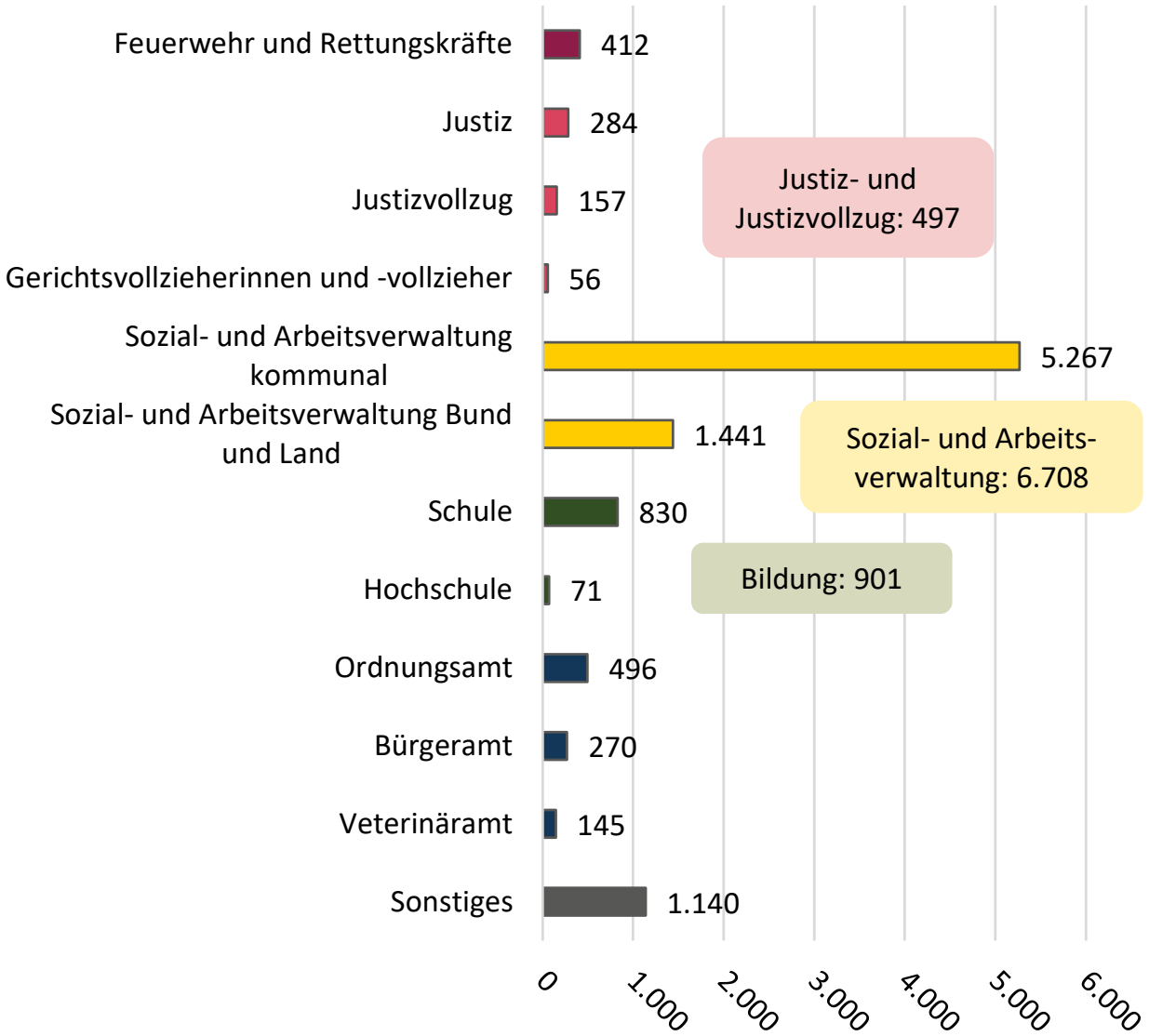
Inkl. Jobcenter (gemeinsame Einrichtungen)



Beschäftigtenbefragung

- Rücklauf: 10.674 Beschäftigte
- 35 Prozent Gewerkschaftsmitglieder





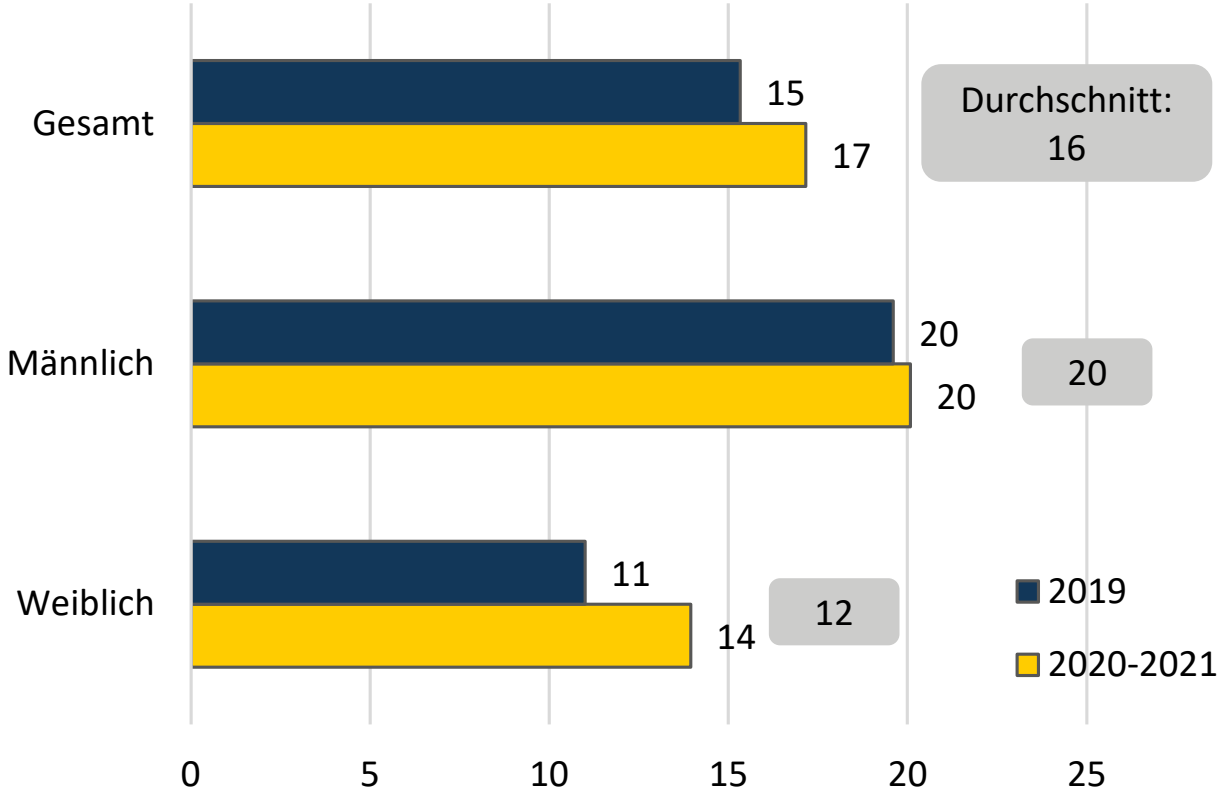
Gemeldete Gewalt

» Wie viele gewalttätige Übergriffe auf Beschäftigte Ihrer Behörde wurden Ihnen gemeldet für …?

2019	Oktober 2020 – September 2021

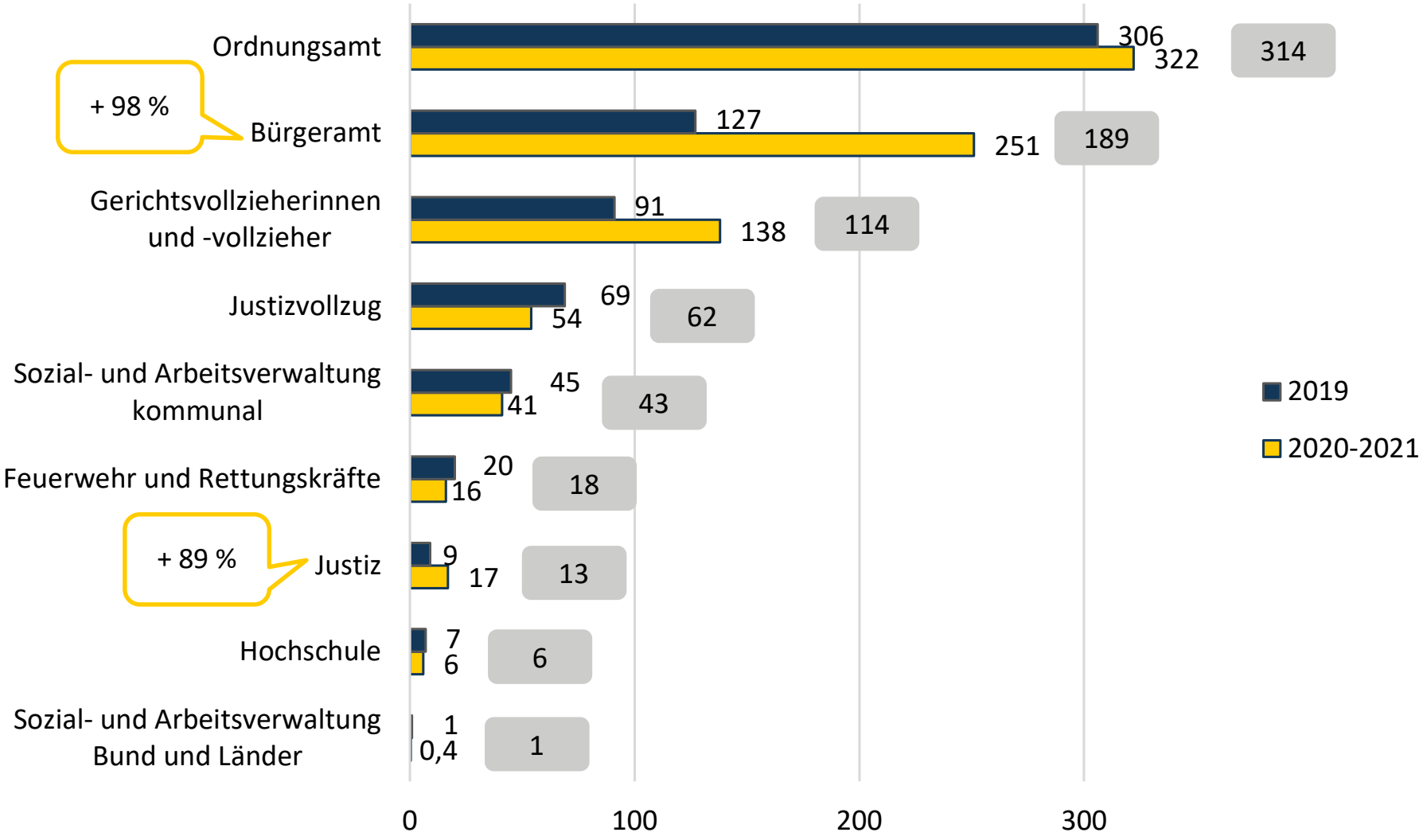
Im Durchschnitt wurden den Behörden **16 Fälle** pro 1.000 Beschäftigte im Jahr gemeldet.

Behördlich erfasste Fälle je 1.000 Beschäftigte und Jahr (Durchschnitt)



Gemeldete Gewalt

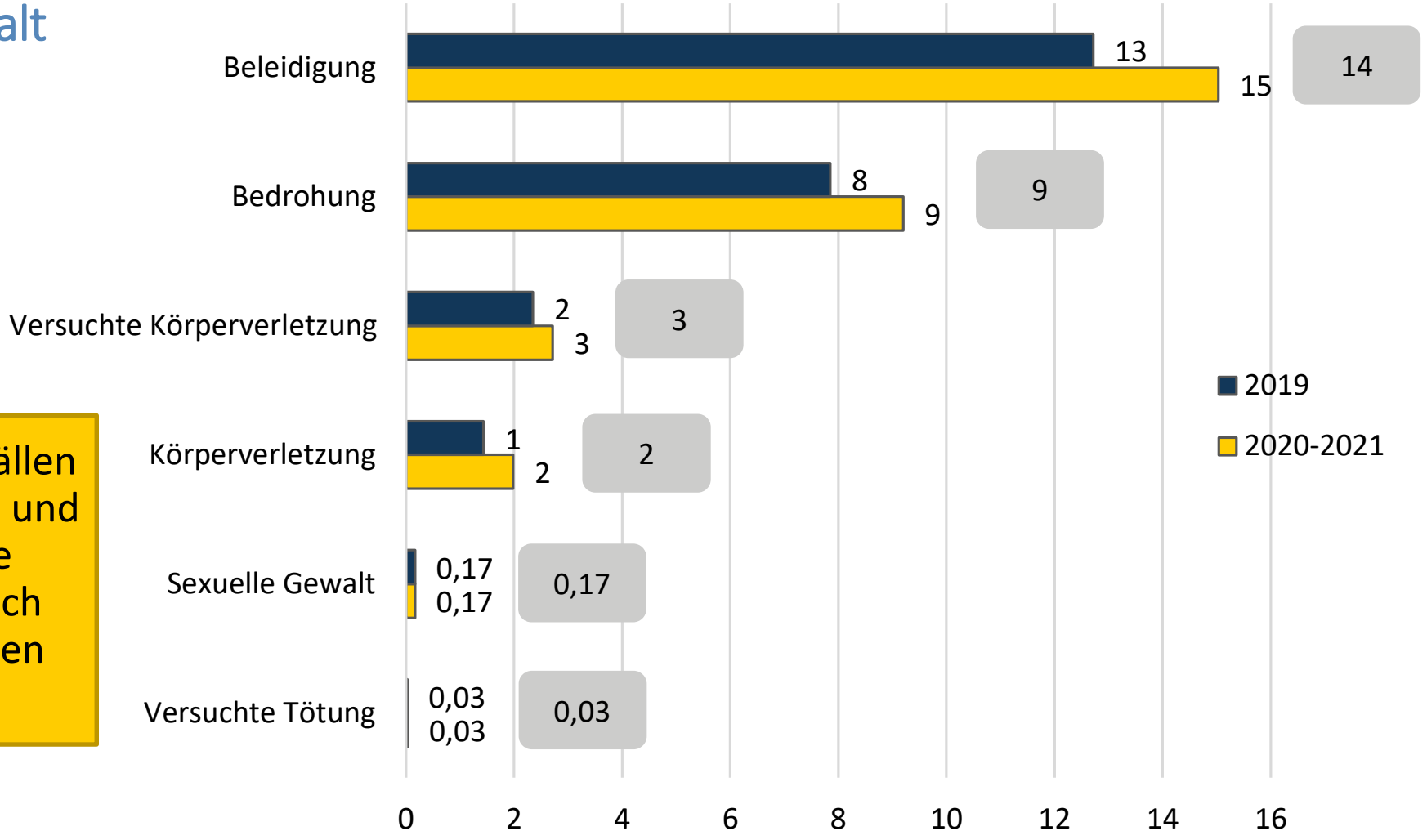
Behördlich erfasste Fälle je 1.000 Beschäftigte



Art der gemeldeten Gewalt

Behördlich erfasste Fälle je 1.000 Beschäftigte

Bei den dokumentierten Fällen dominieren **Beleidigungen** und **Bedrohungen**. Schwere Straftaten wurden deutlich seltener von den Behörden dokumentiert.



Erlebte Gewalt

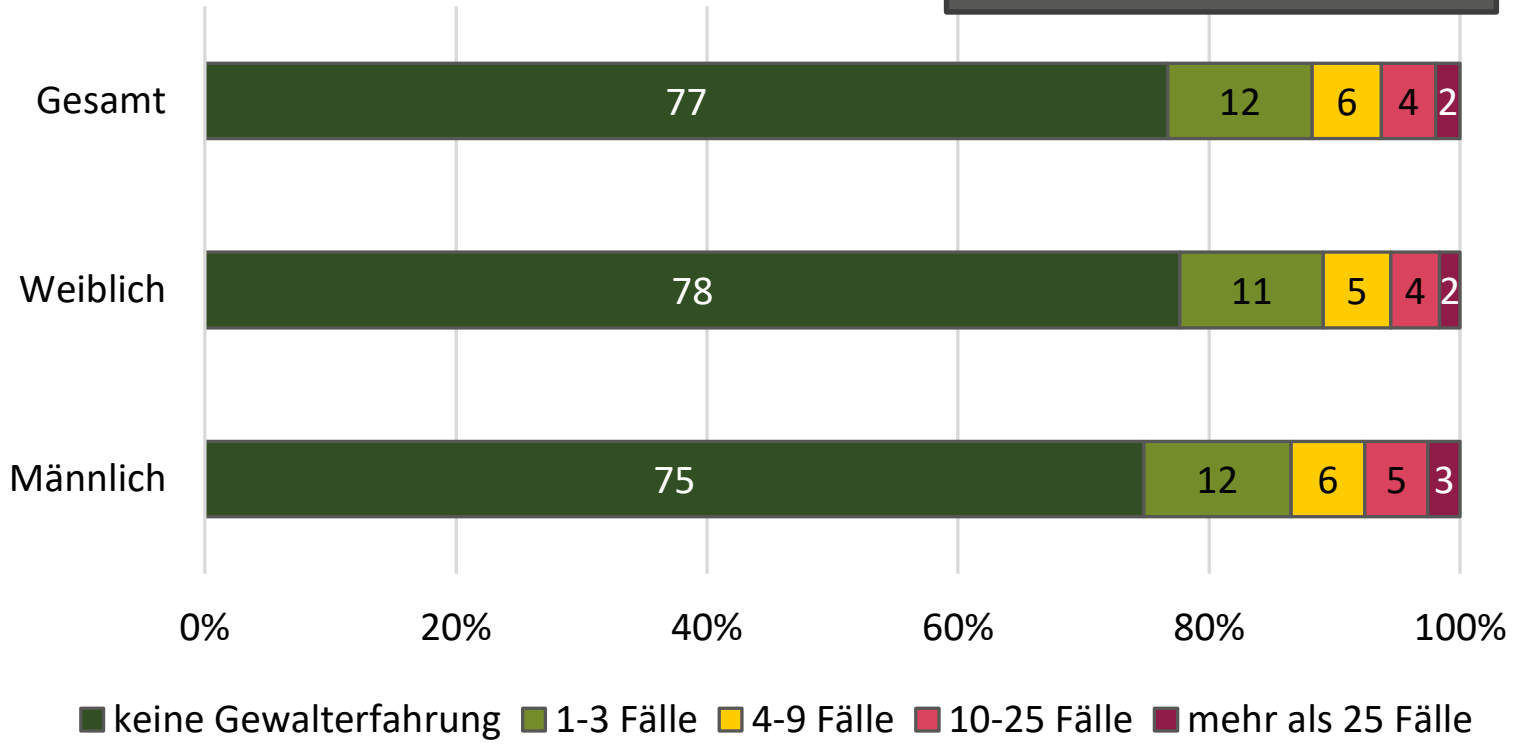
» Wie oft sind Sie während Ihrer Dienstzeit Opfer eines gewalttätigen Übergriffs geworden …?

Im Jahr 2019

In den letzten 12 Monaten

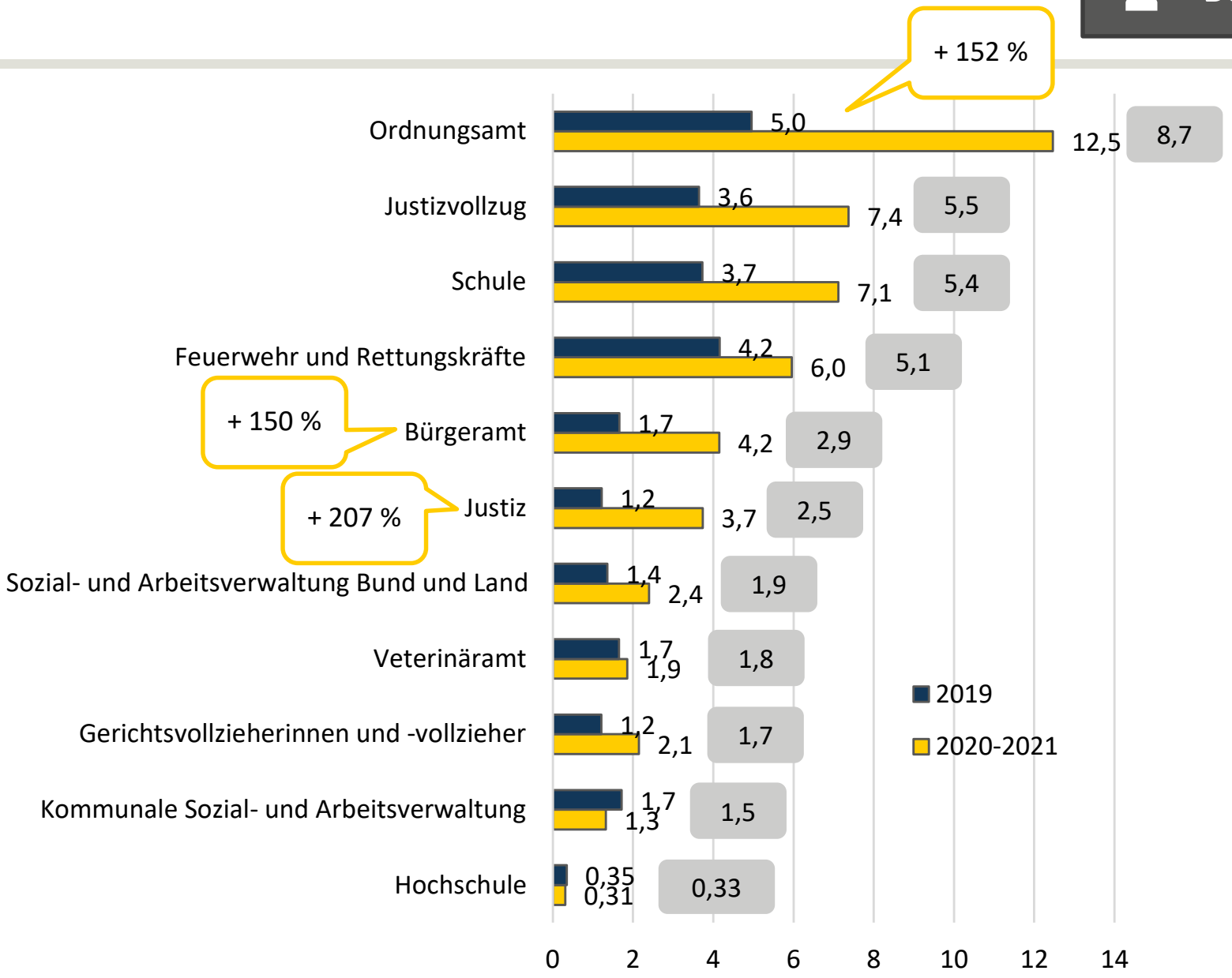
Knapp **jede/r vierte Befragte** ist einmal oder mehrfach Opfer von Gewalt geworden.

Gewalterfahrungen pro Person und Jahr (Durchschnitt beide Zeiträume)



Erlebte Gewalt

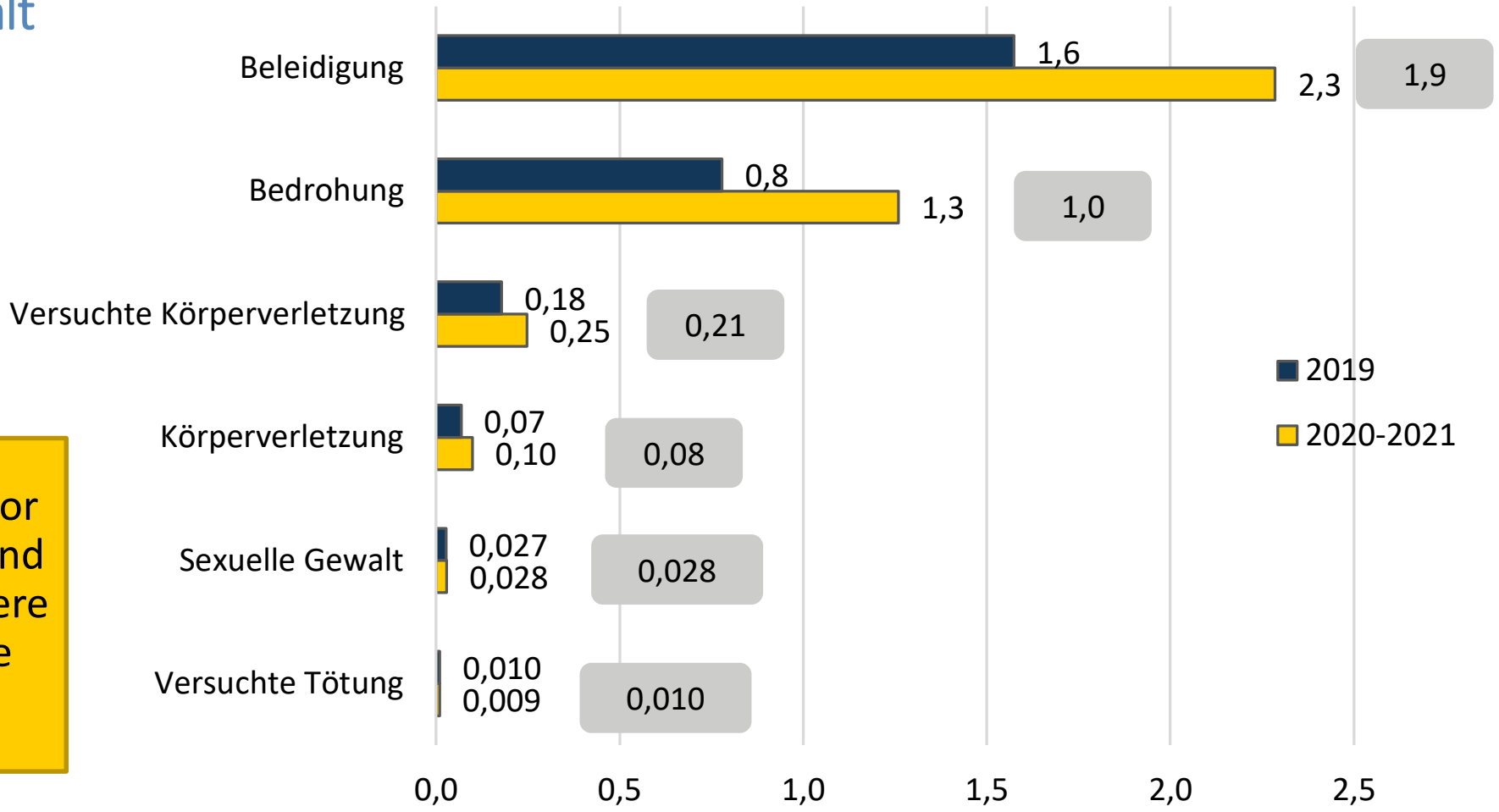
Durchschnittliche Anzahl der Gewalterfahrungen pro Person



Art der erlebten Gewalt

Durchschnittliche Anzahl der erlebten Straftaten pro Person

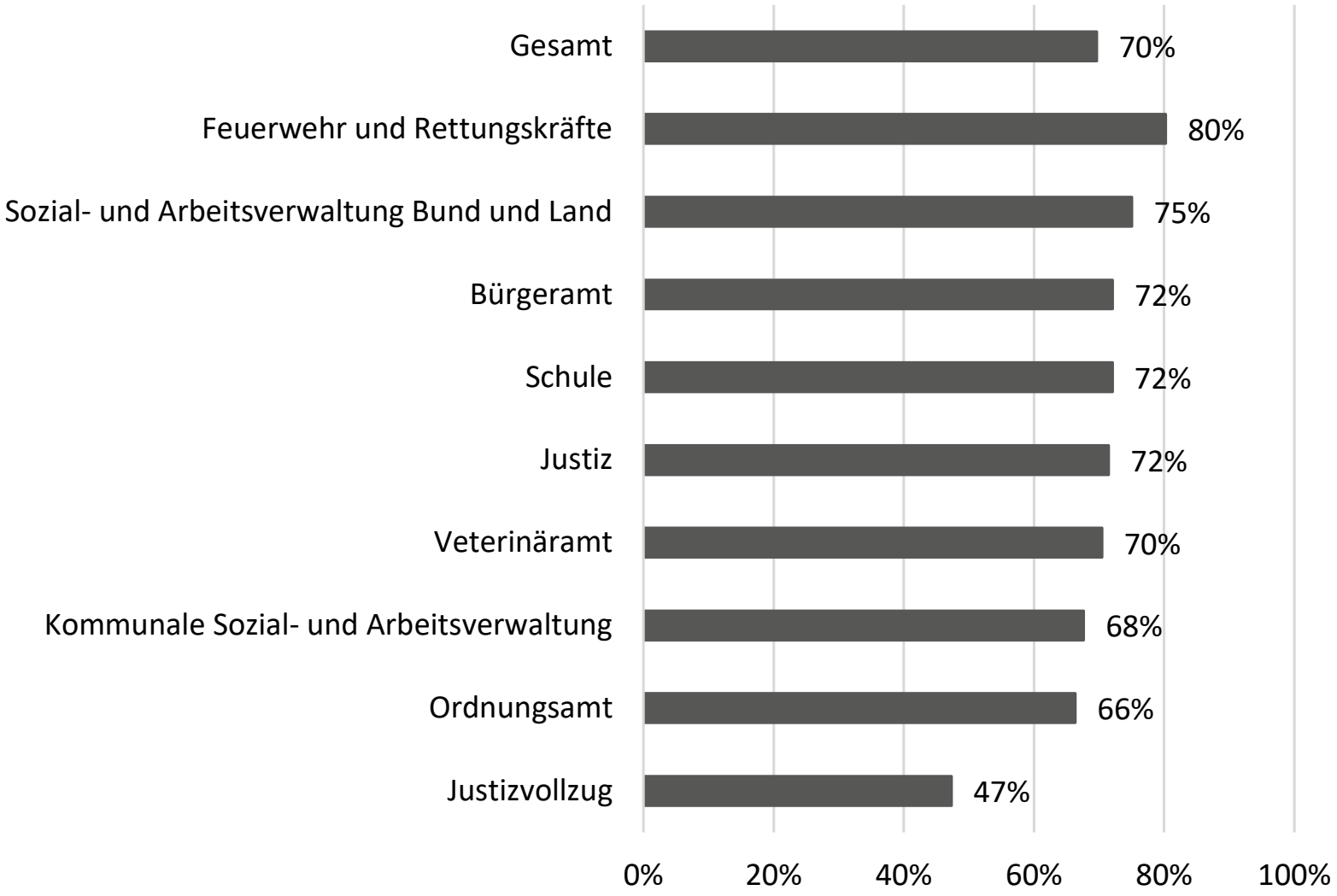
Beschäftigte erleben vor allem **Beleidigungen** und **Bedrohungen**. Schwerere Straftaten erleben sie deutlich seltener.



Dunkelziffer

Anteil der nicht gemeldeten an den erlebten gewalttätigen Übergriffen (Durchschnitt beide Zeiträume)

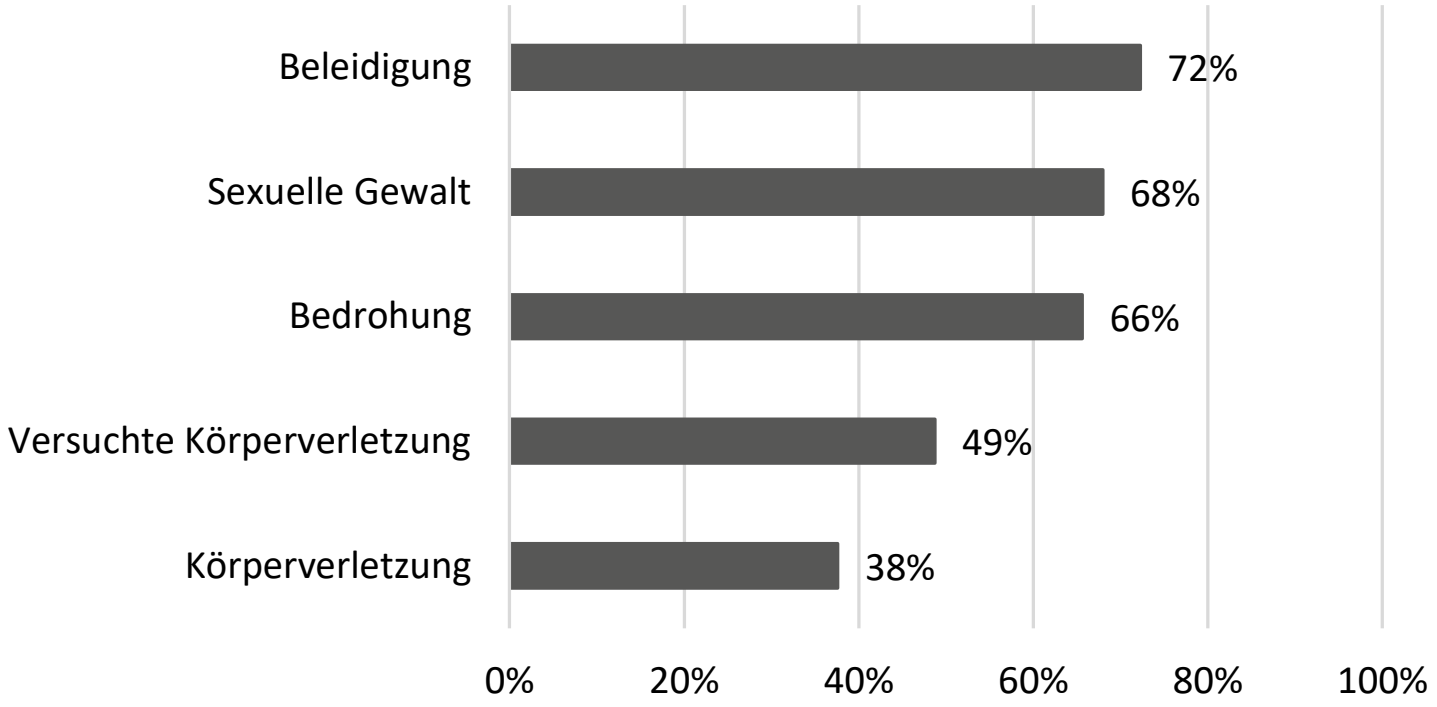
Die Dunkelziffer bei Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen ist sehr hoch.
7 von 10 Übergriffen wurden im Durchschnitt **nicht** gemeldet.



Dunkelziffer nach Art der Gewalt

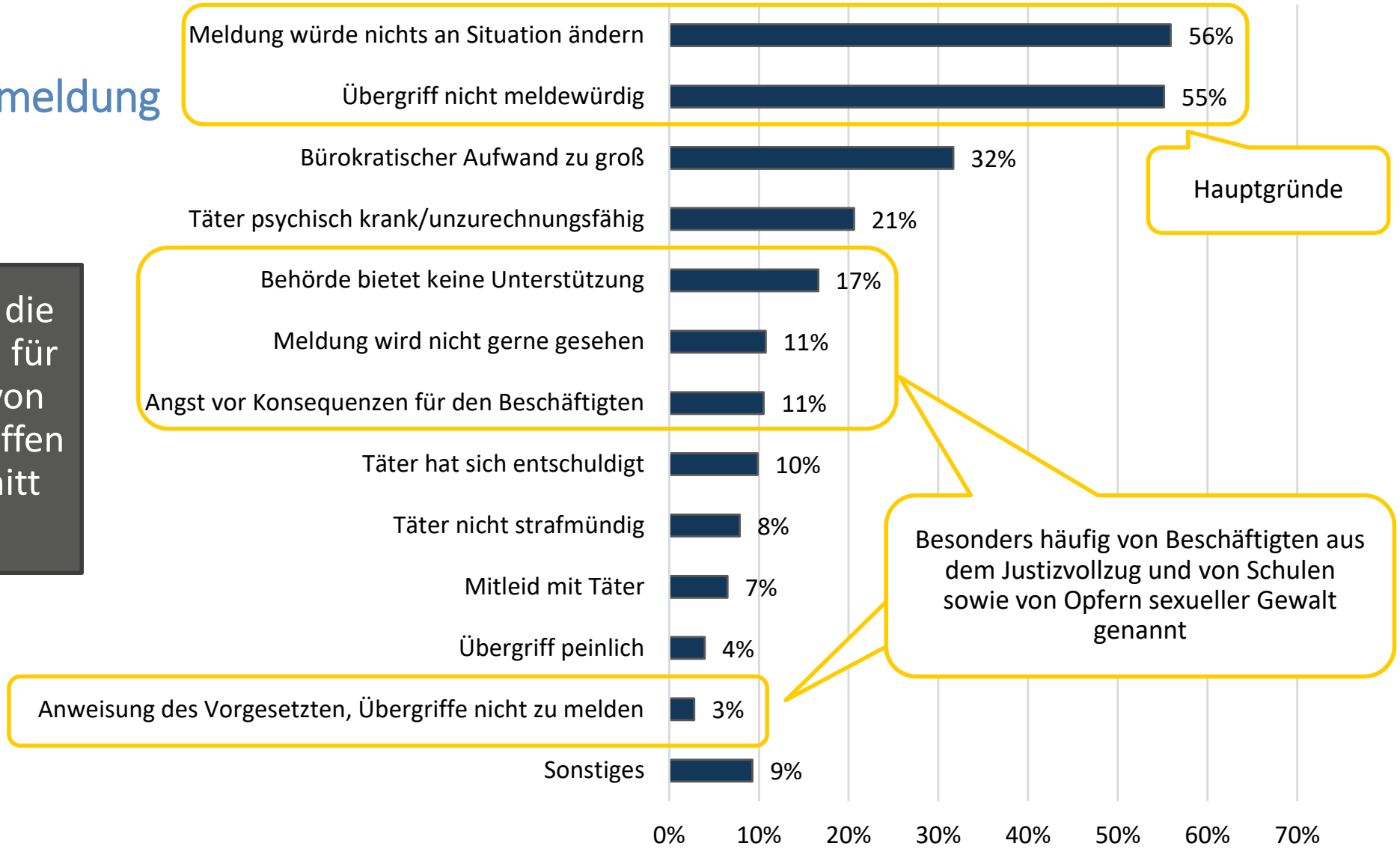
Anteil der nicht gemeldeten an den erlebten gewalttätigen Übergriffen (Durchschnitt beide Zeiträume)

Besonders hoch ist die Dunkelziffer bei **Beleidigungen**, **sexueller Gewalt** (kommt aber vergleichsweise selten vor) und **Bedrohungen**.



Gründe für die Nichtmeldung

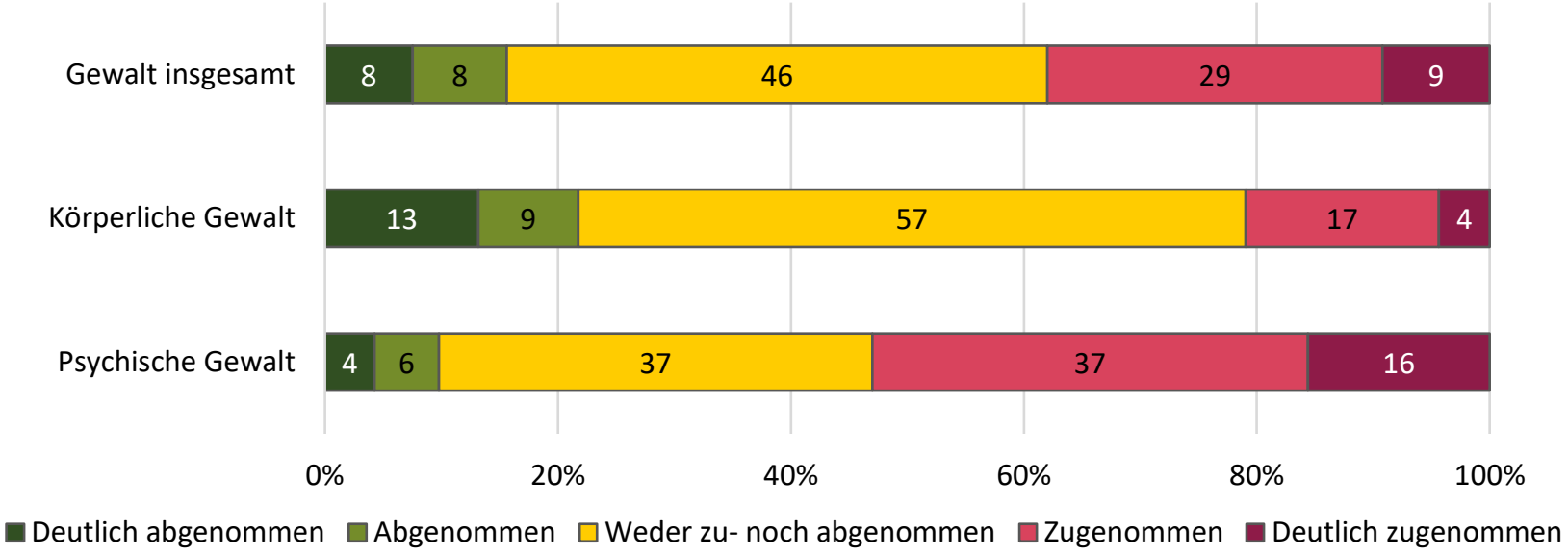
Anteil der Befragten, die den jeweiligen Grund für eine Nichtmeldung von gewalttätigen Übergriffen angaben (Durchschnitt beide Zeiträume)



Entwicklungen im Zuge der COVID-19-Pandemie

Gewalt gegen Beschäftigte hat seit Beginn der COVID 19-Pandemie…

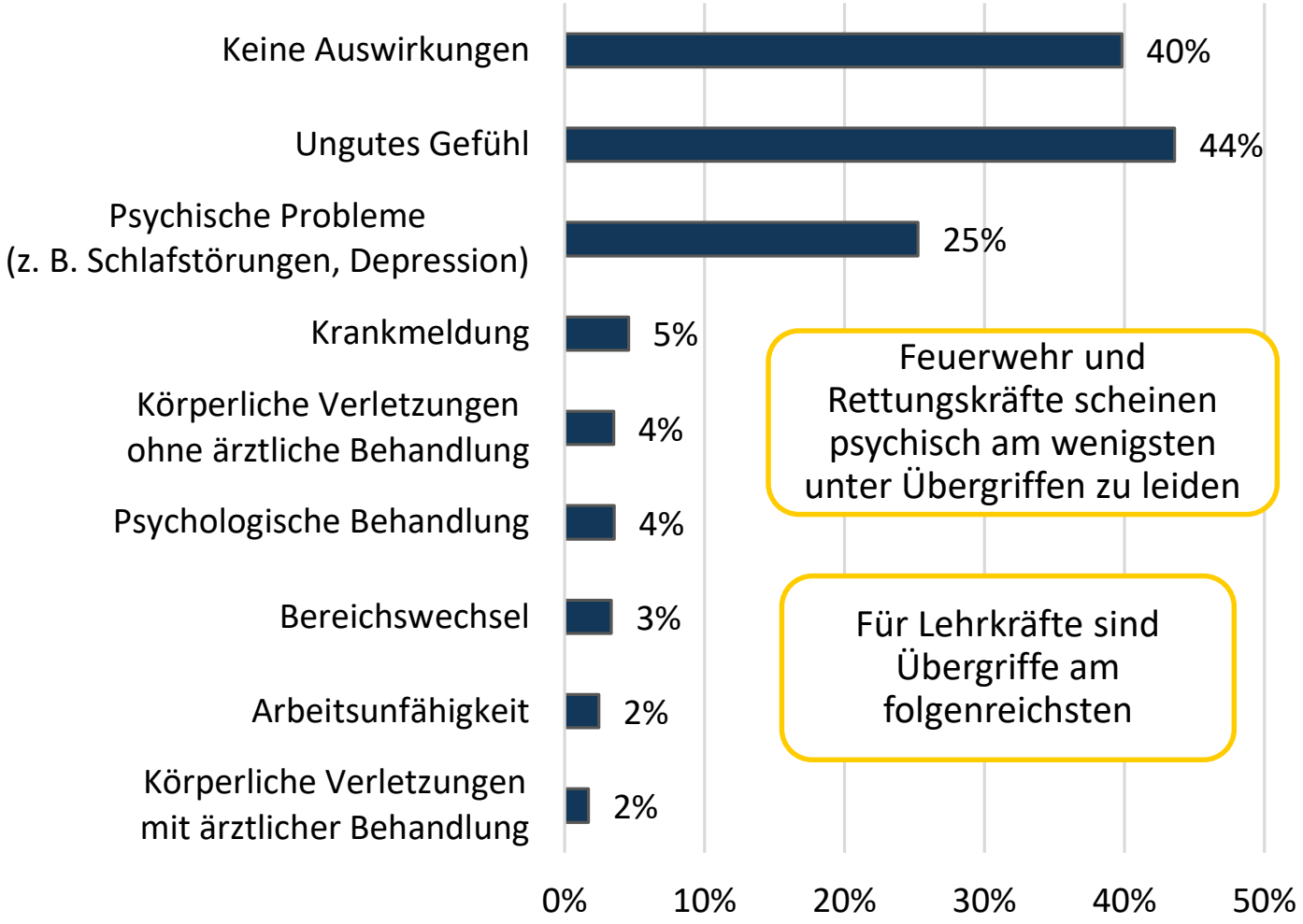
Beschäftigte aus Ordnungs- und Bürgerämtern haben die deutlichste Zunahme wahrgenommen



38 Prozent der Befragten gaben an, dass die Gewalt seit Beginn der COVID-19-Pandemie (deutlich) zugenommen hat.
Eine Zunahme wurde vor allem bei der **psychischen Gewalt** gesehen.

Folgen der Gewalt für die Opfer

Anteil der Befragten mit Gewalterfahrungen, die den jeweiligen Punkt angegeben haben (Durchschnitt beide Zeiträume)



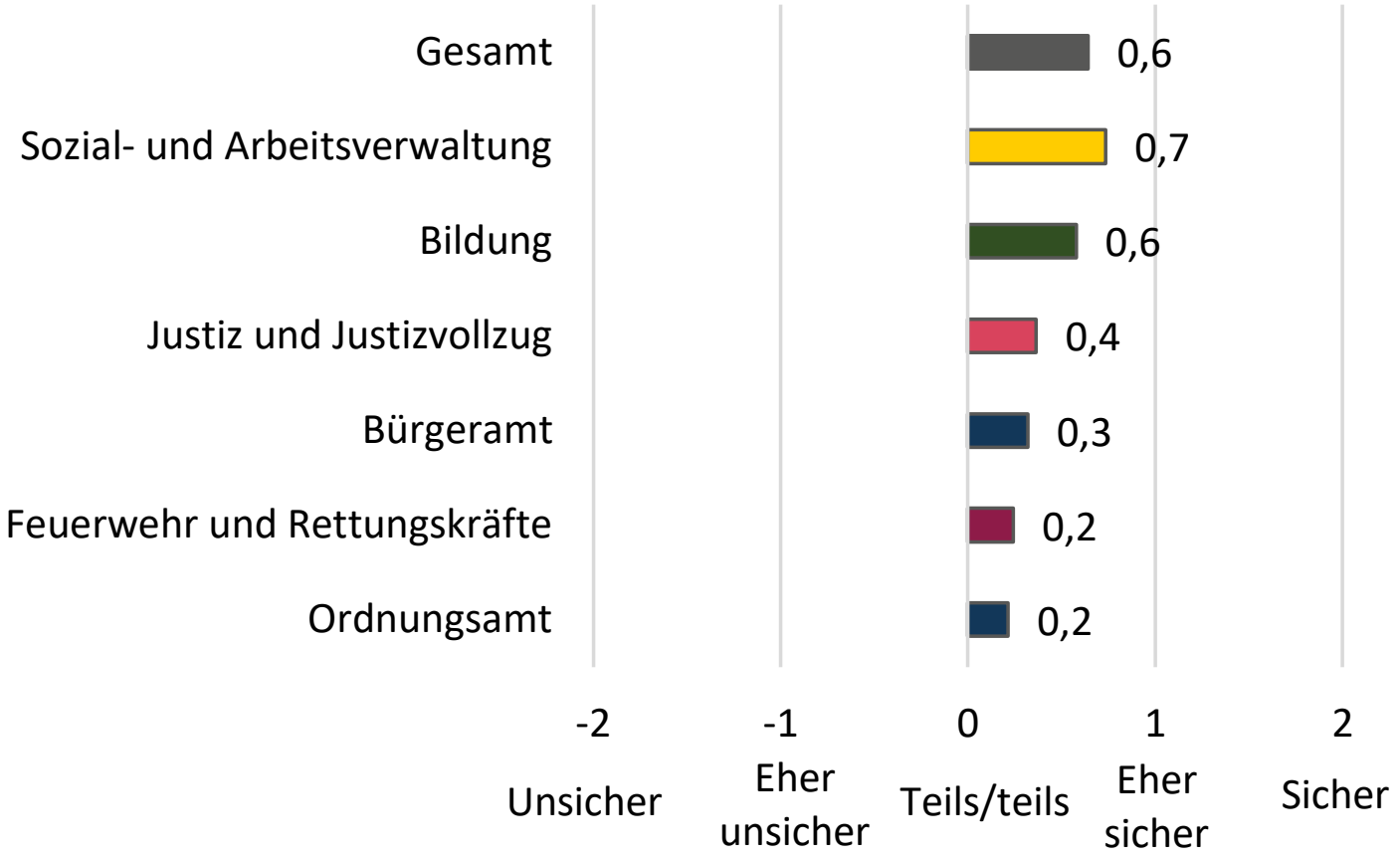
Feuerwehr und Rettungskräfte scheinen psychisch am wenigsten unter Übergriffen zu leiden

Für Lehrkräfte sind Übergriffe am folgenreichsten

Sicherheitsgefühl der Beschäftigten

» Wie sicher – bezogen auf die Gefahr, Opfer eines gewalttätigen Übergriffs zu werden – fühlen Sie sich derzeit an Ihrem Arbeitsplatz?

Durchschnitt

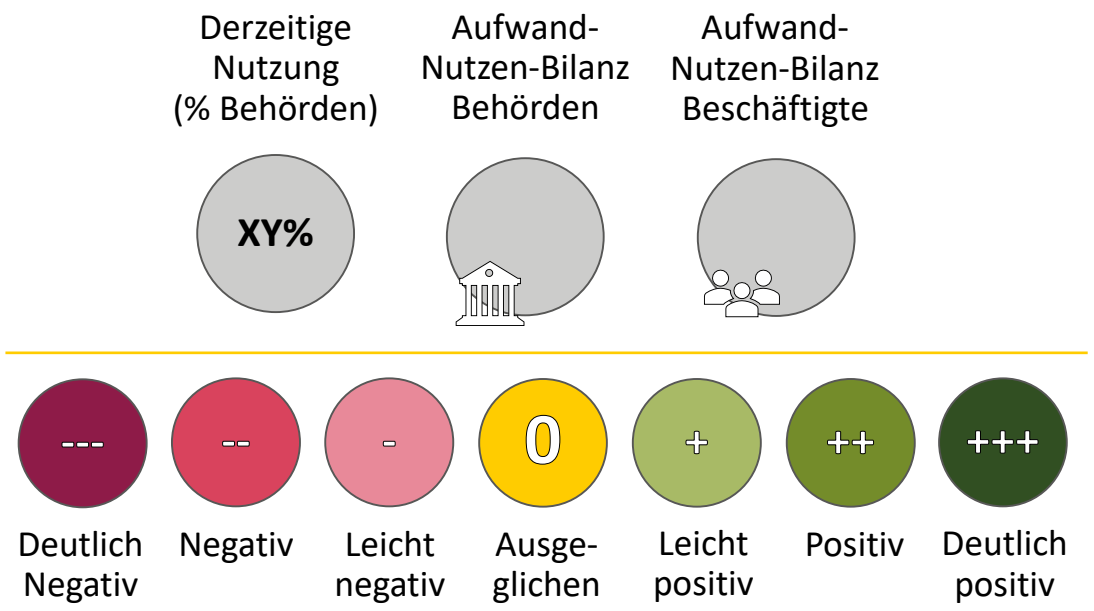


Präventionsmaßnahmen

Nutzung, Aufwand und Nutzen verschiedener Maßnahmen aus Sicht der Behörden und Beschäftigten

- Baulich/technisch
- Organisatorisch
- Personenbezogen

- Die Aufwand-Nutzen-Bilanz fällt bei *allen* abgefragten Präventionsmaßnahmen positiv aus (Nutzen höher als Aufwand)



Baulich-technische Präventionsmaßnahmen

Am weitesten verbreitet

Alarmierungssystem (z. B. Notfallknöpfe, Alarmierungssoftware, Taschenalarm)

Justizvollzug	93%	+++ / +++
Justiz	82%	+++ / +++
Sozial- und Arbeitsverwaltung	79%	+++ / +++
Ordnungsamt	34%	+++ / ++
Bürgeramt	31%	+++ / ++

Fluchttüren/offene Türen und Fluchtwege

Sozial- und Arbeitsverwaltung	70%	++ / +++
Justiz	62%	+++ / ++
Ordnungsamt	33%	+++ / +++
Bürgeramt	33%	+++ / +++

Beste Aufwand-Nutzen-Bilanzen

Kontrast zwischen Verbreitung in Sozial- und Arbeitsverwaltung und Bürgeramt/Ordnungsamt, siehe auch folgende Maßnahmen

Organisatorische Präventionsmaßnahmen

Hinzuziehen von Kolleginnen und Kollegen

Sozial- und Arbeitsverwaltung	62%	+++ +++
Justizvollzug	59%	+++ +++
Ordnungsamt	55%	+++ +++
Bürgeramt	53%	+++ +++

Gefahrenbewusste Büroeinrichtung

Sozial- und Arbeitsverwaltung	66%	+++ +++
Justiz	52%	+++ +++
Gerichtsvollzieher	35%	+++
Ordnungsamt	23%	+++ +++
Bürgeramt	23%	+++ +++

Beste Aufwand-Nutzen-Bilanzen über alle Maßnahmen hinweg

Personenbezogene Präventionsmaßnahmen

Deeskalations-/Kommunikationstrainings

Weit verbreitet, aber vergleichsweise schlecht bewertet

Sozial- und Arbeitsverwaltung: 78% ++ +	Justizvollzug: 75% ++ +	Gerichtsvollzieher: 62% ++
Justiz: 59% ++ +	Feuerwehr Rettungskräfte: 56% + +	Hochschule: 38%
Ordnungsamt: 36% ++ +	Bürgeramt: 29% ++ +	

Nachsorge

- Am besten fühlen sich Beschäftigte aus der **Sozial- und Arbeitsverwaltung** bei Gewalterfahrungen durch ihren Arbeitgeber unterstützt, am schlechtesten Beschäftigte aus den Bereichen **Bildung** sowie **Justiz** und **Justizvollzug**
- Je **schwerwiegender** die Art der erlebten Gewalt, desto **schlechter** unterstützt fühlten sich die Beschäftigten (insbesondere bei sexueller Gewalt, kam aber selten vor)
- Nachsorgemaßnahmen:
  - In den meisten Bereichen wird Opfern von Gewalt *Unterstützung im weiteren Verfahren* angeboten
  - *Betreuung durch kollegiale Soforthelfer* insbesondere im Justizvollzug, in Jobcentern und bei Feuerwehr und Rettungskräften verbreitet – wird gut angenommen
  - Auch *Nachbesprechungen* nach gewalttätigen Übergriffen werden in vielen Bereichen genutzt, *Ansprechpersonen* für das Thema „Gewalt am Arbeitsplatz“ gibt es erst in recht wenigen Behörden

Ergänzende Studie zur Gewalt gegen Beschäftigte im Verkehrsbereich

Untersuchung zum Ausmaß von Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Personennahverkehr und Personenfernverkehr und zu möglichen Handlungsansätzen (2021-2022)

Im Auftrag von: DGB, dbb beamtenbund und tarifunion

- Zielsetzung und methodisches Vorgehen wie bei der Studie zur Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes
  - Erfassung des Ausmaßes von Gewalt gegen Beschäftigte im Verkehrsbereich (dokumentierte Fälle und Dunkelziffer)
  - Definition und Operationalisierung der Gewalt (sechs Straftatbestände)
  - Befragung von Unternehmen und Beschäftigten (zwei Zeiträume)

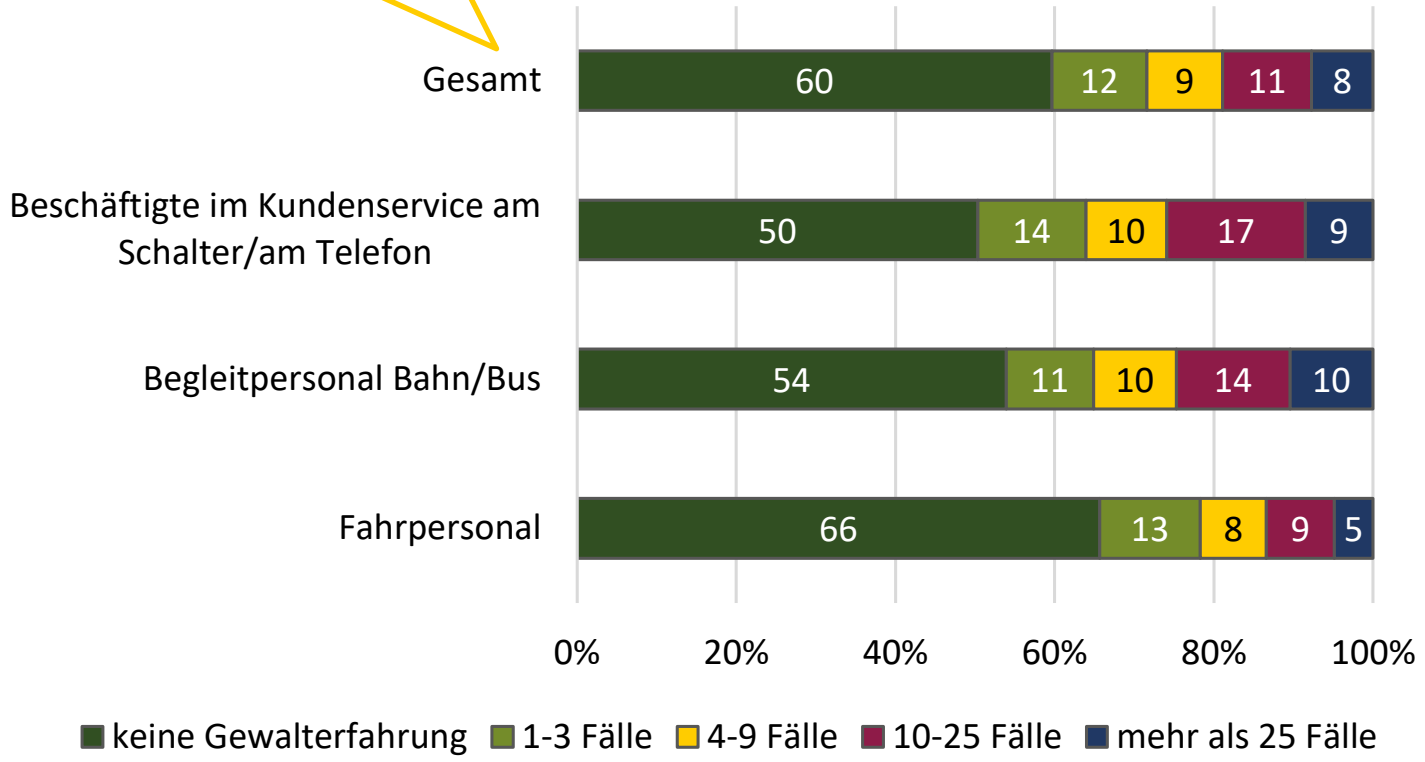
Erlebte Gewalt im Verkehrsbereich

- Rücklauf: 1.030 Beschäftigte
- Abgefragte Zeiträume:

2019	2021

Gewalterfahrungen pro Person und Jahr (Durchschnitt beide Zeiträume)

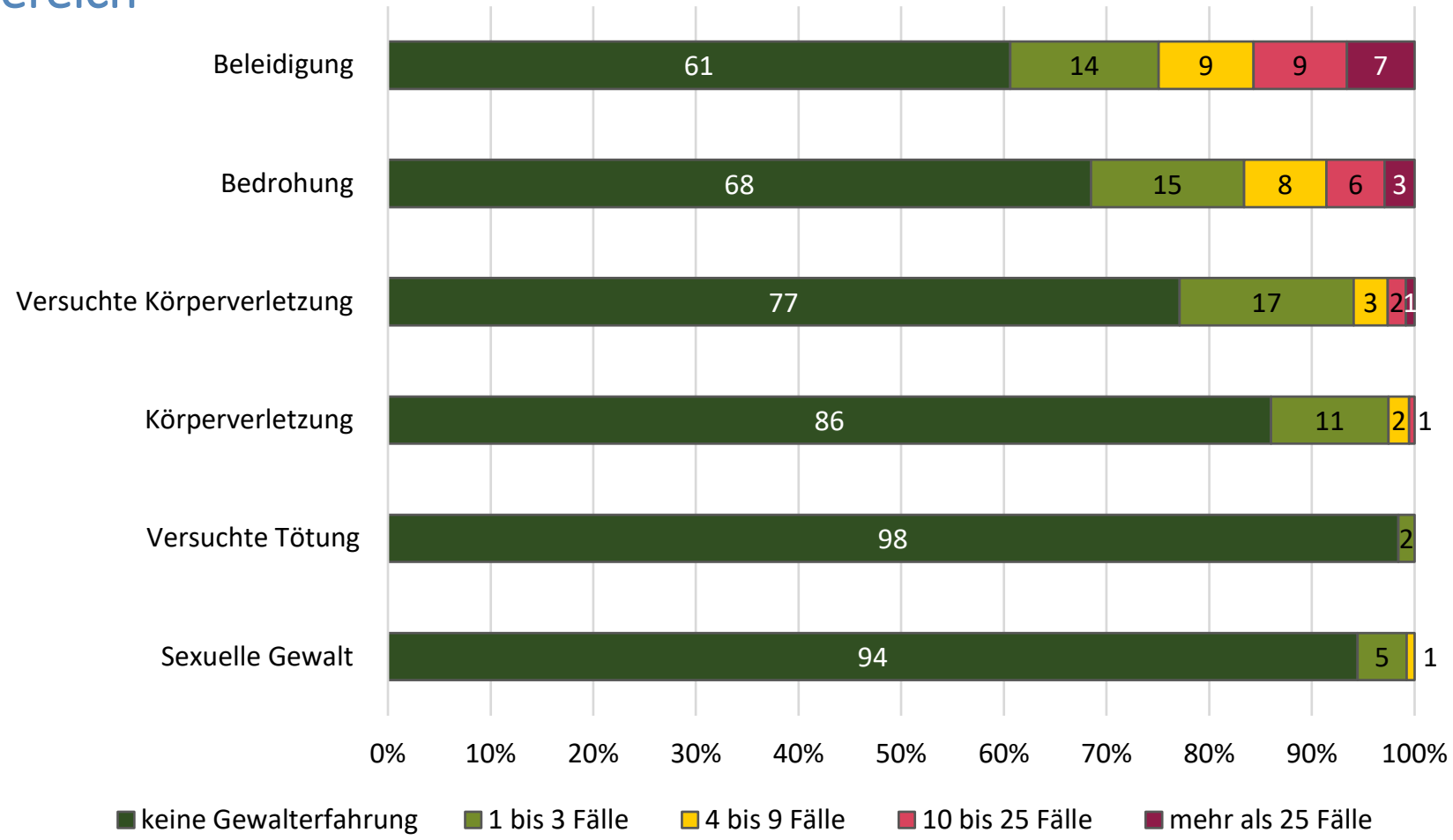
Umfasst auch sonstige Beschäftigtengruppen aus dem Verkehrsbereich



Erlebte Gewalt im Verkehrsbereich

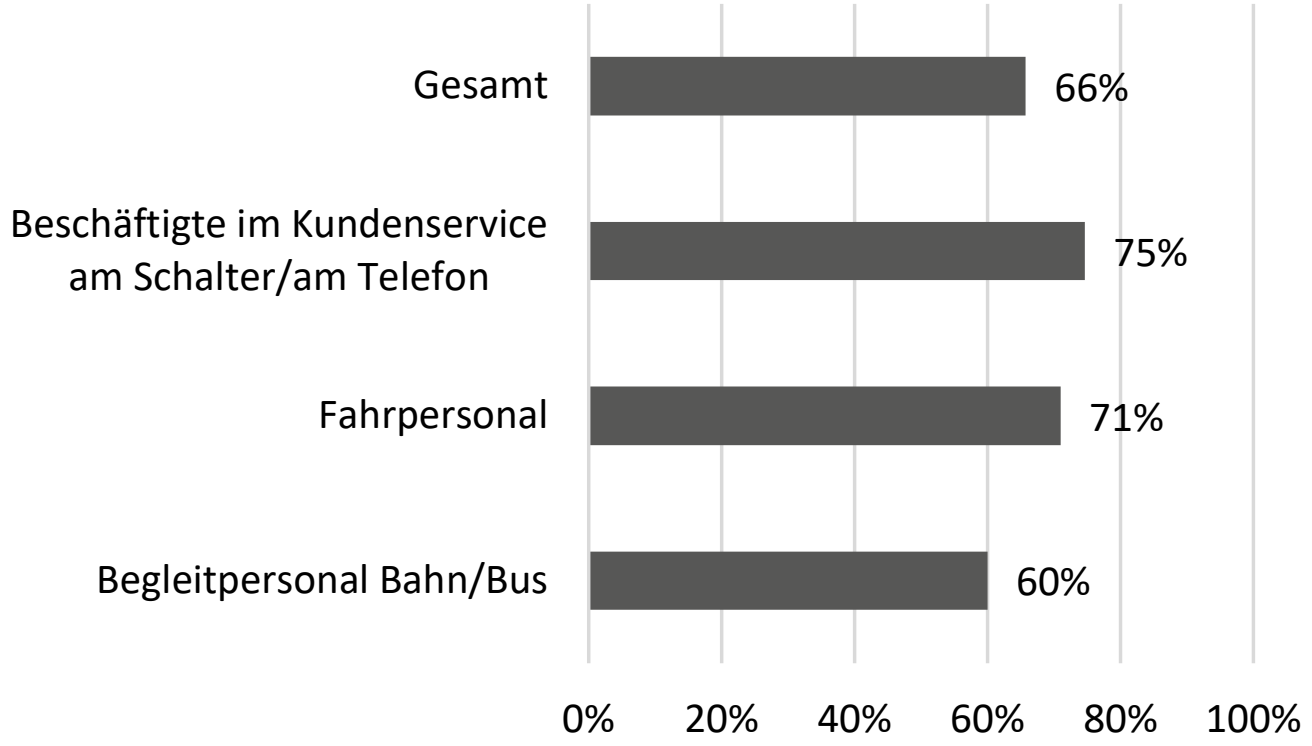
Art der Gewalt

Gewalterfahrungen nach Straftatbeständen pro Person und Jahr (Durchschnitt beide Zeiträume)



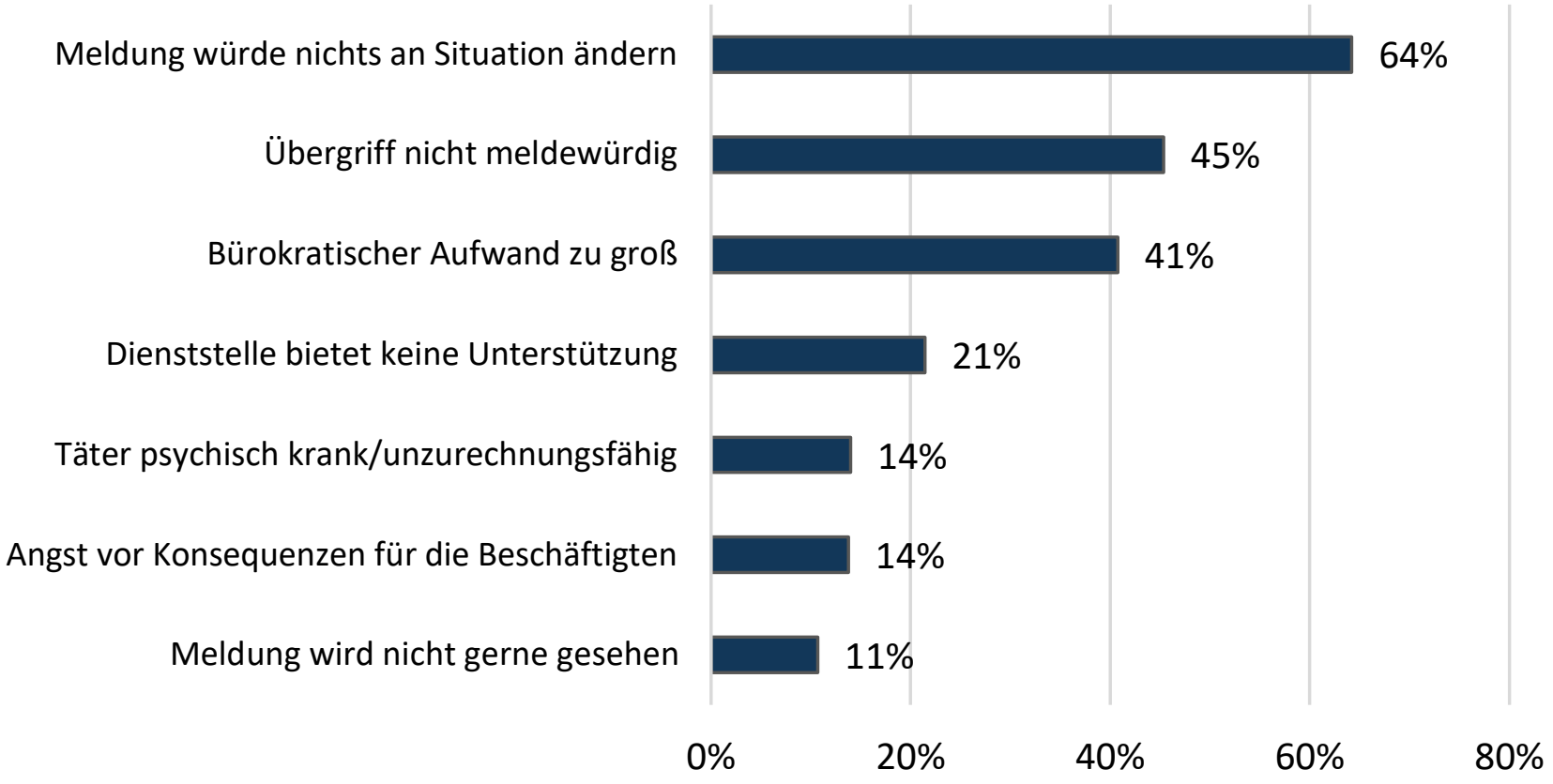
Dunkelziffer im Verkehrsbereich

Anteil der nicht gemeldeten an den erlebten gewalttätigen Übergriffen (Durchschnitt beide Zeiträume)



Häufigste Gründe für die Nichtmeldung

Anteil der Befragten, die den jeweiligen Grund für eine Nichtmeldung von gewalttätigen Übergriffen angaben (Durchschnitt beide Zeiträume)



Vergleichende Gegenüberstellung der Ergebnisse der beiden Studien

- **Gewalterfahrungen**
  - Deutlich höhere Gewaltbetroffenheit bei Beschäftigten im Verkehrsbereich (40 Prozent) im Vergleich zu Beschäftigten im öffentlichen Dienst (23 Prozent)
- **Dunkelziffer**
  - Etwas höhere Dunkelziffer im öffentlichen Dienst (70 Prozent) im Vergleich zum Verkehrsbereich (66 Prozent)
- **Gründe für Nichtmeldung**
  - Häufigster Grund für die Nichtmeldung eines gewalttätigen Übergriffs sowohl im öffentlichen Dienst als auch Verkehrsbereich → keine Änderung der Situation erwartet

Fazit

- **Meldung von Übergriffen fördern**
  - Meldesysteme einfach und niedrigschwellig gestalten
  - Übergriffe ernstnehmen, Betroffenen Unterstützung anbieten, Übergriffe strafrechtlich verfolgen
- **Bewährte Präventionsmaßnahmen nutzen**
  - Von den Erfahrungen anderer Behörden lernen: viele Maßnahmen in Sozial- und Arbeitsverwaltung bereits weit verbreitet, in Bürger- und Ordnungsämtern deutlich seltener genutzt (vor dem Hintergrund eines Anstiegs der Gewalt im Zuge der Pandemie erscheint vermehrte Umsetzung sinnvoll)
- **Betroffene unterstützen**
  - Beispielsweise im Bildungsbereich, in dem Gewalterfahrungen sich stark auf Betroffene auswirken und sie sich vergleichsweise schlecht unterstützt fühlen

Deutsches Forschungsinstitut
für öffentliche Verwaltung

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

- Carolin Steffens - steffens@foev-speyer.de
  Axel Piesker - piesker@foev-speyer.de
- Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung
  Freiherr-vom-Stein-Str. 2
  67346 Speyer